

# 200 Milliarden Euro im Schattenhaushalt

Bundesrechnungshof und Opposition werfen der Ampel vor, die Verschuldung verschleiern zu wollen.

VON BIRGIT MARSCHALL

**BERLIN** Die Union hat der Ampel-Koalition eine undurchsichtige Haushaltspolitik und Verschleierung vorgeworfen. Anlass dafür war die massive Kritik des Bundesrechnungshofs (BRH) am neuen 200 Milliarden Euro schweren „Abwehrschirm“, einem neuen Sondervermögen, aus dem die Ampel Entlastungen für Bürger und Unternehmen von den hohen Energiepreisen in den Jahren 2022, 2023 und 2024 finanzieren will.

In einem Bericht für den Haushaltsausschuss des Bundestags warf der BRH der Regierung vor, das wahre Ausmaß der geplanten Verschuldung verschleiern zu wollen. Dass noch im laufenden Jahr 200 Milliarden Euro an neuen Krediten aufgenommen, aber erst in den Jahren 2023 und 2024 ausgegeben werden sollen, verstoße gegen den verfassungsmäßigen Grundsatz der „Jährlichkeit“, so der BRH. „Die Kritik des Bundesrechnungshofes wirft ein grelles Licht auf die Arbeit der Ampelkoalition. Anstatt der Bevölkerung reinen Wein über die schwierige Lage des Haushalts einzuschenken, will der Finanzminister die Schul-

den in Schattenhaushalten verstecken“, sagte Unions-Parlamentsgeschäftsführer Thorsten Frei unserer Redaktion. „Es wird Zeit, dass die Ampel die Zeitenwende ernst nimmt und ihre Ausgabenpolitik der neuen Lage anpasst. Mit der Einrichtung eines weiteren Sondervermögens wird die Haushaltslage völlig intransparent“, sagte Frei. „Auch verstößt eine Kreditaufnahme auf Vorrat gegen den verfassungsmäßigen Grundsatz der Jährlichkeit. Der Umgang der Koalition mit der Schuldenbremse erinnert an einen Süchtigen, der sich einen großen Vorrat an Suchtmitteln anlegt und dann Abstinenz für die Zukunft schwört“, sagte der CDU-Politiker.

Das neue WSF-Sondervermögen soll bereits an diesem Freitag vom Bundestag verabschiedet werden. Die Union will nicht zustim-

men. Wie aus einem Fraktionspapier hervorging, sollen die 200 Milliarden Euro an neuen Schulden erst ab 2031 in den 30 Jahren bis 2061 zurückgezahlt werden.

Der Abwehrschirm sei gleich in mehrfacher Hinsicht problematisch, hieß es in dem BRH-Bericht. „Die Etatisierung der Mittel in einem Sondervermögen verstärkt die bereits bestehende Intransparenz des Bundeshaushaltsplans“, kritisierte der Rechnungshof. Der Abwehrschirm müsse unmittelbar aus den jeweiligen Bundeshaushalten finanziert werden, forderte der Rechnungshof.

Führende Haushaltspolitiker der Ampel-Koalition verteidigten dagegen die Pläne für den 200-Milliarden-Euro-Schirm. „Alle Sondervermögen sind öffentlich bekannt und werden vom Bundestag in einer öffentlichen Sitzung beschlossen. Auch die aktuelle Debatte um den Wirtschaftsstabilisierungsfonds (WSF) findet im Scheinwerferlicht der Medien und der Öffentlichkeit statt. Von versteckten Schulden oder Verschleierung kann keine Rede sein. Ein Blick in den Haushaltsplan erleichtert die Rechtsfindung“, sagte der Chef-Haushälter der FDP-Fraktion, Otto Fricke.